

# LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

## 17. Wahlperiode

---

**Ausschuss für Familie, Jugend, Integration  
und Verbraucherschutz**

13. Sitzung am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –

## Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Ende der Sitzung: 15:28 Uhr

### **Tagesordnung:**

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz – eine gute Investition  
in die Zukunft unseres Landes  
Antrag  
der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/2897 –

### **Ergebnis:**

Anhörung durchgeführt, ver-  
tagt  
(S. 2 – 22)

**Einzigster Punkt** der Tagesordnung:

**Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz – eine gute Investition in die Zukunft unseres Landes**

Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 17/2897 –

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Ausschusssitzung, auch die Zuhörerinnen und Zuhörer und an meiner Seite auf einem ungewohnten Sitzplatz Frau Staatssekretärin Rohleder für das Ministerium und insbesondere die Anzuhörenden, die es auf sich genommen haben, heute hierher zu kommen. Sie haben uns zum großen Teil schon schriftliche Ausführungen übermittelt.

Meine Bitte zum Prozedere wäre, in ungefähr zehn Minuten die Punkte zu nennen, die Ihnen besonders wichtig sind und die sie als innovativ oder neu erachten. Wir sind in solchen Anhörungen alle miteinander Lernende und wollen etwas Neues hören. Im ersten Durchgang würde ich den Abgeordneten allenfalls kurze Zwischenfragen gestatten. Daran können wir eine allgemeine Aussprache, in der wir das Gesagte vertiefen können, anschließen.

Ich danke den Fraktionen, im Rahmen der Selbstdisziplin geschaut zu haben, dass wir neben der Anhörung heute keine Anträge diskutieren. Das ist in den nächsten Sitzungen wieder der Fall.

Zum Thema eingeladen sind Herr Ralf Decker, Leiter des Kinder- und Jugendbüros der Stadtverwaltung Worms, Herr Tobias Vogt als Bürgermeister der Gemeinde Buch, Herr Volker Steinberg und Frau Leonie Hein als Vorsitzende des Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. und Herr Professor Dr. Ivo Züchner von der Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften. In der genannten Reihenfolge bitte ich die Damen – Gott sei Dank ist eine dabei; auch wenn unsere genderpolitischen Kollegen das vielleicht ein bisschen anders sehen, aber es ist gut, dass es so ist – und Herren, ihre Stellungnahmen abzugeben.

Ich bitte Herrn Decker, mit seiner Stellungnahme anzufangen.

**Herr Ralf Decker**  
**Stadtverwaltung Worms, Kinder- und Jugendbüro**  
– Vorlage 17/1837 –

(Der Redner erläutert seine Ausführungen anhand einer PowerPoint-Präsentation  
– Vorlage 17/1890 –)

**Herr Decker:** Ich bin von Haus aus Sozialpädagoge und in Worms derzeit Leiter des dortigen Kinder- und Jugendbüros. Im Gegensatz zu meiner Stellungnahme möchte ich heute unseren Konzeptentwicklungsprozess vorstellen, den wir im Rahmen der Jugendhilfeplanung zum Thema „Jugendarbeit“ gemacht haben. Dazu habe ich ein paar Folien mitgebracht und hoffe, Sie da gut mitnehmen zu können. Sollten Sie während meines Vortrags Verständnisfragen haben, stellen Sie sie gleich, inhaltliche Fragen bitte im Anschluss.

Zunächst möchte ich ein paar Takte zur Ausgangslage sagen. Wir besaßen in Worms nicht die beste Ausgangslage hinsichtlich der Ausstattung der Jugendarbeit. In Worms hatten wir im Jahr 2014 einen Personalstelleneckwert von 3,67 Jugendlichen. Das heißt, wir hatten pro 10.000 Jugendliche 3,67 Jugendarbeiter. Wenn man den Durchschnitt der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz nimmt, hinkten wir da doch ordentlich hinterher.

Wir haben uns auch die Zahlen aus dem SGB-II-Bereich angeschaut und gesehen, wir haben eine große Spannweite innerhalb des Landes an Kinderarmut. Wir in Worms sind davon besonders betroffen. Wir belegen dort einen der Spitzenplätze, das heißt, mit 20,7 % ist eines von fünf Kindern in Worms auf Unterstützungsleistungen angewiesen.

Die Stadtgebiete mit besonders hohen Belastungsfaktoren sind auch die Gebiete, in denen wir eine hohe Bevölkerungsdichte haben. Im innenstädtischen, dicht bevölkerten Bereich – Worms-Neuhausen als größter Stadtteil ist immer Teil der roten Gebiete – haben wir sehr hohe soziale Belastungsindikatoren. Die Anzahl der U 15-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften ist dort wesentlich höher als in den etwas ländlicher geprägten Stadtteilen in den Vororten.

Das war die Ausgangslage, in der wir uns 2014 auf den Weg gemacht haben, ein neues Konzept für die Jugendarbeit zu entwickeln. In dem Entwicklungsprozess sind wir durch Professor Dr. Peter-Ulrich Wendt begleitet worden, den man als Stimme im Hintergrund immer befragen konnte und der uns Hinweise gegeben hat sowie uns in diesem Prozess ein Stück weit geführt und geleitet hat.

Das Spannende an diesem Prozess war, ihn gemeinsam – also die gesamten Akteure der Jugendarbeit – gemacht zu haben. Wir als kommunale Jugendarbeit waren in dem Prozess vertreten. Die Jugendhilfeplanung war vertreten, und der Stadtjugendring war mit zwei Vertretern in der Lenkungsrunde zugegen. Wir hatten zwei politische Vertreter aus dem Jugendhilfeausschuss in der Lenkungsrunde und zudem einen Vertreter aus dem Jugendparlament, um auch die politische Vertretung der Jugendlichen an der Stelle mitzunehmen.

Der Prozess war gerahmt von Gremienentscheidungen. Wir haben am 2. Dezember 2014 begonnen. Die letzte Entscheidung mit der Verabschiedung des Konzepts ist am 2. November 2016 durch den Stadtrat getroffen worden. Die Beschlüsse waren alle einstimmig. Wir haben in dieser Phase den Entwicklungsstand immer wieder in den Jugendhilfeausschuss eingebracht, dort abgesichert, die Weichen gestellt und den Ausschuss breit mitgenommen und informiert.

Wir haben verschiedene Veranstaltungen im Rahmen des Prozesses gemacht: eine Veranstaltung zum Thema „Schule und Jugendarbeit“, eine Vorstellung des zweiten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz, der für uns bei der Entwicklung eine Datenbasis und Aussagekraft geliefert hat und in unserem Prozess eine wichtige Rolle gespielt hat, und noch eine Veranstaltung zu sozialraumbezogenen Beteiligungsformen.

Wir haben eine Abschlussveranstaltung für die Beteiligten an der Konzeptentwicklung gemacht. Insgesamt waren es über die zwei Jahre ca. 200 Personen, Jugendliche und Akteure der Jugendarbeit, die sich daran beteiligt, sich mit ihrer Stimme Gehör verschafft und ihre Themen eingebracht haben.

**13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –**

Ein Ziel unseres Planungsprozesses war der Austausch über die Jugendarbeit. Das haben wir geschafft. Wir haben Aufgaben, Ziele, Bedarfe und Wünsche, alte und neue Herausforderungen herausgearbeitet sowie Maßnahmen und Veränderungen vorgeschlagen. Wichtig war es uns, die Ergebnisse mit möglichst breiter Beteiligung zu erarbeiten. Auch das haben wir geschafft. Zu guter Letzt haben wir ein konkretes beschlussfähiges Konzept vorgelegt.

Ergebnisse waren, das Verständnis der Jugendarbeit zu schärfen und uns dort auch zu einen. Da gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, wie Jugendarbeit auszusehen hat. Wir haben ein Leitbild für die Wormser Jugendarbeit und Leitziele entwickelt. Die Leitziele sind auch Ausgangspunkt für Maßnahmen, die wir bei den einzelnen Leitziele hinterlegt haben.

Wir haben Begriffsklärungen vorgenommen; denn was Jugendarbeit betrifft, ist sich da die Fachwelt nicht immer einig. Deshalb haben wir für uns versucht zu klären, was wir unter welchem Begriff verstehen. Wir haben auch ein paar Standardisierungen im Rahmen des Konzepts vorgenommen. Durch den Prozess haben wir viele Informationen und Daten bekommen.

Unter standortgebundener Jugendarbeit verstehen wir Jugendtreffs, Jugendhäuser, Jugendzentren, Aktivplätze, Veranstaltungen und Gruppenangebote. Die mobile Jugendarbeit ist aufsuchend und macht Aktionen im öffentlichen Raum. Ferienangebote sind Freizeiten, Lager, Ferienkalender und Ferienspiele.

Ein wichtiger Punkt ist die Vernetzung. Vor unserem Prozess hat eher jeder für sich seine Angebote gemacht. Jetzt schauen wir eher darauf und sagen: Es gibt Angebote, die wir gemeinsam machen müssen. Da erreichen wir eine breite Beteiligung von Jugendlichen. Ein wesentliches Ergebnis unseres Prozesses ist es, mittlerweile immer an die erste Stelle zu stellen, wen wir noch beteiligen und wie wir Angebote erfolgreich durchführen.

Für jedes der acht Leitziele haben wir die einzelnen Maßnahmen aufgeführt und jeweils die Kosten hinterlegt. Beim Leitziel „Jugendlichen Frei- und Gestaltungsraum geben“ haben wir zum Beispiel gesagt, wir brauchen mobile Jugendarbeit in der Innenstadt. Das machen wir kommunal, da brauchen wir jährlich – wenn wir den Tarifvertrag zugrunde legen – den und den Betrag. Wir haben das für jede einzelne Maßnahme heruntergebrochen, um der Politik letztendlich deutlich zeigen zu können, was an Kosten auf sie zukommt.

Bei den Ergebnissen haben wir uns mit anderen Leistungen der Jugendhilfe verglichen. Wir haben mit unserem Konzeptentwicklungsprozess eine Steigerung bei den Ausgaben der Jugendarbeit in Worms von 35,42 Euro auf 63,40 Euro im Jahr pro Jugendlichen unter 21 Jahren erreicht. Im Vergleich zu den Ausgaben für ein Kind in der Kindertagesstätte oder den Leistungen zu Hilfen zur Erziehung sind es doch eher geringere Beträge.

Wir sind mit 2,9 % – nachdem wir alles ausgebaut haben, was unsere Ausbaustufen umfassen – noch weit unter der Forderung der 5 %, die im zweiten Kinder- und Jugendbericht enthalten ist.

Wenn wir alles umgesetzt haben, sind wir nicht mehr bei einem Personalstelleneckwert von 3,67, sondern von 8,11. Das ist nicht übermäßig, sondern wir entsprechen dann dem Durchschnitt der rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte.

Nachdem es letztes Jahr beschlossen wurde, mussten wir warten, bis unsere Haushaltsgenehmigung durch die ADD da war. Das war für uns immer ein spannendes Warten. Das ist jetzt auch geschehen. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens sind wir dabei, die Maßnahmen umzusetzen und es anzuschieben.

Wir haben vor den Sommerferien einen Planungsworkshop mit dem Titel „Jugend im Park“ mit Jugendlichen gemacht, bei dem wir Themen aufgegriffen und Ideen von Jugendlichen gesammelt haben, die wir in der nächsten Zeit beginnen werden umzusetzen. Wir werden verschiedene Veranstaltungen abgestimmt auf die Bedarfe der Jugendlichen durchführen. Die Vergaben und Ausschreibungen laufen, und weitere haben wir in Vorbereitung.

**13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –**

Strukturen und Netzwerke werden weiter ausgebaut. Das heißt, wir werden für Worms – ähnlich unserer Lenkungsrunde – einen Arbeitskreis Jugendarbeit und einen Beirat für die Jugendarbeit etablieren. Dafür haben wir schon die Termine festgelegt. Für die weitere Umsetzung 2018 sind wir jetzt im September mit einer Beschlussvorlage wieder im Jugendhilfeausschuss.

Ich möchte noch einen Transfer zur eigenständigen Jugendpolitik machen. Ich habe mir angeschaut, was Sie in dem Antrag formuliert haben, und unser erarbeitetes Leitbild daneben gelegt. Ich fand, das passt relativ gut zusammen. Mit unserem Leitbild wollen wir Angebote und Einrichtungen der Jugendarbeit als festen Bestandteil der städtischen Infrastruktur sehen. Kinder- und Jugendarbeit ist ein Angebot für alle in Worms lebenden Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 27 Jahren. Die Jugendarbeit trägt maßgeblich dazu bei, persönliche Entwicklung sowie gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation zu stärken. Ich glaube, das sind wesentliche Punkte, die Sie auch mit Ihrem Antrag – anders formuliert – benennen möchten.

Kinder- und Jugendarbeit fördert die Potenziale und Stärken von Kindern – ich denke, auch das haben Sie mit Ihrem Antrag verfolgt – und trägt zu einer selbstbewussten Persönlichkeitsentwicklung bei.

Das Leitbild haben wir noch einmal in ein sozialpädagogisches Selbstverständnis gefasst. Wir als Akteure der Jugendarbeit verstehen uns in einer anwaltlichen, parteilichen Interessensvertretung für junge Menschen. Junge Menschen finden in unserer Gesellschaft nicht immer das Gehör, das ihnen auch zusteht. Deshalb brauchen sie erwachsene Unterstützer. Das ist ein Teil, den die Jugendarbeit leisten kann. Wir versuchen, auf diesem Weg verlässliche und authentische Partner für die Jugendlichen zu sein.

Soziales Lernen, Erleben von Gemeinschaft sowie das Erlernen und Erfahren der damit verbundenen gesellschaftlichen Regeln und Grenzen sind wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit. Es geht uns auch darum, Jugendliche an die demokratischen Prozesse heranzuführen und damit zu sagen: Es ist nicht so, dass du heute mit einer Idee kommst, die morgen umgesetzt werden kann, sondern wenn du eine Idee hast, musst du dich dafür stark machen und dafür einsetzen, damit diese Idee umgesetzt werden kann. – An diesen Weg wollen wir Jugendliche heranzuführen.

Jugendliche haben andere Zeiträume als die Politik. Es sind keine Dinge, die wir auf Jahre anlegen können, sondern in drei bis vier Monaten müssen erste kleine Umsetzungsschritte erfolgen und Ergebnisse vorliegen, sodass sich Jugendliche mitgenommen fühlen. In der Jugendarbeit sagt man immer, es gibt einen kompletten Wechsel innerhalb von drei Jahren. Die Jugendarbeit ist so schnelllebig. Jugendliche entwickeln sich so schnell weiter, und ebenso verschieben sich ihre Schwerpunkte. Man muss auch relativ schnell bei solchen Projekten Ergebnisse erzielen.

Der letzte Punkt ist selbstverständlich, aber auch sehr wichtig: Regelmäßig sein Handeln im Sinne des Leitbilds zu überprüfen, zu reflektieren und sich immer wieder neu auszurichten.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Herr Decker, vielen Dank. Es gibt eine Nachfrage von Frau Willius-Senzer.

**Herr Decker:** Ich bin auch soweit fertig, von daher gern nachfragen.

**Frau Abg. Willius-Senzer:** Herr Decker, danke schön. Es freut mich zu hören, was die Stadtverwaltung Worms auf sich genommen hat. Ich finde es hochinteressant. Wie gewährleisten Sie die echten Mitspracherechte der Jugendvertretungen?

**Herr Decker:** Wir sind auf dem Weg. Das ist noch nicht so, dass wir sagen, wir haben das geschafft. Wir verfolgen aber Ideen, Jugendliche in bestimmten Gremien bei jugendbezogenen Themen zu beteiligen. Ich könnte mir vorstellen, wenn ein Spielplatz gebaut wird oder es darum geht, ein Angebot für Jugendliche umzusetzen, dann auch eine Institution wie das Jugendparlament mit einzubinden. Das wird zwar schon gemacht, aber es ist noch nicht in einer gewissen Regelmäßigkeit enthalten. Es gibt Vorschriften, wonach das Jugendamt beispielsweise gehört werden muss. Wir stellen uns vor, so etwas zu erarbeiten. Wir werden es aber nicht letzten Endes tun, sondern die Jugendlichen müssen es selbst vorschlagen und vertreten.

**Frau Abg. Willius-Senzer:** Können die Jugendlichen auch Anfragen oder Anträge an das Stadtparlament stellen?

**Herr Decker:** Ja, das Jugendparlament kann das.

**Herr Abg. Frisch:** Inwieweit sind die freien Träger in diese Konzepte und Strukturen eingebunden? Viel Jugendarbeit läuft doch über diese, wenn ich etwa an kirchliche Gruppen denke, um auch das mit einzubeziehen.

**Herr Decker:** Bevor wir mit unserem Konzeptentwicklungsprozess begonnen haben, haben wir eine Befragung gemacht. Wir haben alle freien Träger der Jugendarbeit angeschrieben, Themen gesammelt, und sie konnten uns benennen, was ihnen unter den Nägeln brennt. Wir haben Eröffnungsveranstaltungen gemacht, zu der auch alle eingeladen waren und bei denen sie sich mit ihren Themen eingebracht haben. Die Vertreter der freien Verbände waren in Person zweier Stadtjugendringvertreter in unserer Lenkungsrunde mit dabei. Wir haben von vornherein versucht, sie mitzunehmen. Ich denke, es ist uns gelungen, es gemeinsam zu entwickeln und gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Vielen Dank schon einmal bis hierher. Der Nächste, Herr Bürgermeister Vogt, hat das Wort.

**Herr Tobias Vogt**  
**Bürgermeister der Gemeinde Buch**  
– Vorlage 17/1744 –

**Herr Vogt:** Sehr geehrter Herr Hartloff, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe meine Stellungnahme bereits abgegeben. Deshalb halte ich mich sehr kurz. Ich möchte aber noch einmal kurz unterstreichen, was aus meiner Sicht die Besonderheiten im ländlichen Raum sind, weil wir dort – glaube ich – andere Herausforderungen haben.

Das Positive ist, besonders wir im ländlichen Raum hören die Jugendlichen. Wir kämpfen zum einen gegen den demografischen Wandel. Das heißt, wenn wir als Kommunalpolitiker die Jugendlichen nicht hören, dann riskieren wir damit die Zukunft unseres Ortes. Ich glaube, auf der anderen Seite ist es etwas Positives, ein besonderes Ohr für die Jugendlichen zu haben.

Damit die Jugendarbeit umgesetzt werden kann – sprich, die Kreise diese freiwillige Leistung leisten können –, ist besonders eine finanzielle Ausstattung der Kreise notwendig. Ich möchte mit auf den Weg geben, das ist eine Grundvoraussetzung, damit man, wenn man die Jugendlichen hört, das auch umsetzen kann. Dazu muss die finanzielle Ausstattung von Landesseite gewährleistet sein.

Wenn wir als Kommunen besonders im ländlichen Raum gegen den demografischen Wandel kämpfen, dann müssen wir im Prinzip zwei Grundvoraussetzungen für die Menschen schaffen, besonders für die jungen Menschen. Das eine ist, wir brauchen die Schule, Ausbildungsplätze und Arbeit. Schulen haben wir vor Ort, Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht unbedingt. Selbst wenn Schulen vor Ort sind, ist es doch gerade bei uns auf den Dörfern so, man muss immer noch mobil sein. Deshalb ist Mobilität sowohl für die Schule als auch für Ausbildungsplätze und die Arbeit ein besonders wichtiger Punkt. Das heißt, wenn man über Jugendarbeit redet, muss man aus meiner Sicht immer diesen Punkt besonders mit im Blick haben. Da geht es um den ÖPNV, aber vielleicht auch um Projekte und Initiativen: Nicht nur einen Führerschein mit 17 einzuführen, sondern auch darüber nachzudenken, ob eventuell der Jugendliche den Weg zur Schule oder zum Ausbildungsplatz allein fahren kann. Das wäre wirklich eine Erleichterung und sei nur noch einmal als Anregung mitgegeben. Das ist aus meiner Sicht noch ein wichtiger Punkt, wenn man über Jugendarbeit besonders im ländlichen Raum redet.

In der Stellungnahme habe ich schon kurz beschrieben, was wir auch gewährleisten möchten: Jugendliche interessieren sich für Politik und bringen sich ein, wenn sie etwas bewegen und mitgestalten können. Man stellt immer wieder fest, Jugendliche kommen mit Ideen und möchten Dinge umsetzen. Bei uns ist das relativ einfach. Man trifft sich im Dorf, auf einem Fest oder wie auch immer, und da redet man kurz mit dem Bürgermeister. Vom Alter her bin ich auch noch nicht so weit von unseren Jugendlichen entfernt. Folglich ist das auch relativ schnell im Gemeinderat.

Man stellt aber fest, man läuft oft gegen Hürden oder steht vor bürokratischen Herausforderungen. Ich möchte als Beispiel nennen, wir sind gerade dabei, ein Neubaugebiet auszuweisen. Ich habe das folgendermaßen gemacht: Ich habe zuerst gesagt, wir planen das, Bauinteressenten sollen sich bei mir melden, und das haben sie auch bei mir gemacht. Wir haben uns zusammengesetzt, und ich habe mir von Bauinteressenten sagen lassen, wie sie sich ein Grundstück vorstellen, wenn sie nicht in die Ballungsgebiete, sondern bei uns im ländlichen Raum bleiben wollen. Die Interessenten – überwiegend junge Menschen – haben mir das gesagt, ich habe das aufgenommen und mit dem Bauplaner besprochen, der einen Plan umgesetzt hat. Dann läuft man erst einmal gegen Stürme.

Man steht vor einer großen Herausforderung: Nicht nur den Jugendlichen zu ermöglichen, sich zu beteiligen, sondern auch – um das Frustrationspotenzial gering zu halten – bürokratische Hürden abzubauen und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, besonders im ländlichen Raum ihr Umfeld so zu gestalten, wie sie das möchten, weil das bisher alle Generationen gemacht haben. Dörfer haben sich schon immer verändert. Dorfkerne haben sich schon immer verändert. Ich glaube, das müssen wir für die Zukunft zulassen und dürfen nicht zu viele Regeln vorgeben. Wir müssen vielmehr die Menschen vor Ort entscheiden lassen, wie sie leben möchten. So weit von meiner Seite.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Herr Vogt, vielen Dank. Wir sind bei den Nächsten. Wer trägt vor, wenn ich fragen darf? – Herr Steinberg fängt an.

**Herr Volker Steinberg**  
**Frau Leonie Hein**  
**Vorsitzende des Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V.**  
– Vorlage 17/1847 –

**Herr Steinberg:** Ja, wir haben im Landesjugendring eine Doppelspitze und teilen uns auch die zehn Minuten Redezeit. Also wir haben gesehen, dass wir beide auf fünf Minuten kommen. Mein Name ist Volker Steinberg, ich bin Vorsitzender des Landesjugendrings, und mein Heimatverband ist die Evangelische Jugend der Pfalz.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir freuen uns außerordentlich, heute eine Stellungnahme zu diesem Antrag zur eigenständigen Jugendpolitik abgeben zu dürfen. Wir begrüßen, dass es diesen Antrag gibt, macht er doch aus unserer Sicht sehr deutlich, die Jugendlichen in Rheinland-Pfalz liegen den beantragenden Fraktionen am Herzen.

Wir als Landesjugendring haben schon 2014 im Leitantrag „Gute Jugendpolitik ist eigenständig“ unsere Anforderungen an Jugendpolitik formuliert. Der Landesjugendring war zudem von Anfang an an der Fortentwicklung der Jugendstrategie „JES!“ beteiligt und hat an der Planung und Durchführung der beiden dazugehörigen Dialogtagungen maßgeblich mitgewirkt. Es liegt auf der Hand, wir befürworten sehr diesen Antrag.

Wir haben eine schriftliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt. Heute werden wir noch ein paar ergänzende Bemerkungen machen und an der einen oder anderen Stelle konkreter werden. Noch einmal herzlichen Dank, dass wir hier sein dürfen.

Grundsätzlich zeugt für uns der vorliegende Antrag von einem großen Respekt gegenüber der jungen Generation und zeigt einen Wandel auf, der sich in den letzten Jahren aus unserer Sicht durchgesetzt hat. Neben der Politik für Familie und Kinder hat der Bereich der Jugendpolitik an Relevanz zugenommen. Wie wir finden, ist das gut so. Der Antrag bekennt sich aus unserer Sicht sehr deutlich dazu, weg von der Reglementierungspolitik hin zu mehr gestaltender Politik zu kommen.

Den Begriff Respekt, den auch der zweite Kinder- und Jugendbericht von Rheinland-Pfalz benutzt, werden wir im weiteren Vortrag verwenden, um Anmerkungen zu vier Themen zu machen.

Das erste Thema ist der Respekt für Jugend im Bereich der Demografiepolitik. Mit der Jugendstrategie „JES!“ werden Jugendliche stärker in den politischen Fokus genommen. In der Gestaltung des demografischen Wandels wird Jugend dagegen wenig in den Blick genommen. Demografie-Projekte richten sich in ihrer Mehrheit an ältere Menschen. Das ist gut und wichtig; gleichzeitig werden aber Kinder und Jugendliche mehr und mehr zur Minderheit in der Gesellschaft, und das ist in den Regionen auch noch sehr unterschiedlich.

Zusätzlich zu den vielen richtigen und wichtigen Forderungen im Antrag merken wir als Landesjugendring an, der Lern- und Lebensort Schule sollte aus demografischer und gleichzeitig jugendgerechter Sicht mehr in den Fokus geraten. Es geht uns um Gebäude, Ausstattung und Klassenstärke genauso wie um den Ausbau von Methoden, der Mitbestimmung und der Mitgestaltung.

Wesentliche weitere Faktoren, die beispielhaft für Demografiepolitik und ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen stehen, sind zum Beispiel im Bereich der Infrastruktur auszumachen: Ausbildung und Arbeitsplätze als Vorbeugung vor Abwanderung aus dem ländlichen Raum – das hatten wir gerade noch einmal gehört – und bezahlbarer Wohnraum auch für Studierende und Geringverdienende.

Zu einer verbesserten Infrastruktur gehört für den Landesjugendring auch ein Mehr an Angeboten von Jugendarbeit und eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung auf Dauer. Der zu beratende Antrag weist aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Genauso ist die Bereitstellung von unverzweckten Frei-, Gestaltungs- und Entwicklungsräumen für Jugendliche wesentlicher Faktor für das Miteinander der Generationen. Mobilität ist ein weiteres Thema, auf das ich im Rahmen des zweiten Punkts eingehen werde.



Wir hatten bereits ein Gespräch mit Frau Ministerin Bätzing-Lichtenthäler und haben auf unsere Dinge aufmerksam gemacht. Wir haben erste Vereinbarungen getroffen.

Der zweite Teil betrifft den Respekt für Jugend im Bereich Teilhabe. Seit einigen Jahren tritt der Landesjugendring für das Wahlrecht ab 16 ein. In anderen Bundesländern wurden damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Wir erleben in unserer praktischen Arbeit viele hoch engagierte Jugendliche, die nur darauf warten, endlich wählen gehen zu dürfen. Es gibt auch Jugendliche, die weniger politisch interessiert sind, wie übrigens in jeder anderen Altersgruppe. Es wäre aus unserer Sicht – da gehen wir mit den antragstellenden Fraktionen gemein – ein großartiges Zeichen von Respekt und Anerkennung, wenn die Teilhabe an Wahlen für Jugendliche ab 16 ermöglicht würde.

Teilhabe hat für uns viele weitere Aspekte, zum Beispiel ist der Breitbandausbau eine Grundvoraussetzung für die Kommunikation von Jugendlichen und verbessert die Teilhabemöglichkeiten.

Ich komme zum Ausbau des ÖPNV. Jugendliche, aber auch ältere Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen, um mobil zu werden bzw. mobil zu bleiben. Für Schülerinnen und Schüler gibt es regional gute Möglichkeiten, aber noch lange nicht überall. Mobilität ist für uns eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe. Gerade in der aktuellen Feinstaubdiskussion wäre ein Weniger an Elterntaxis eine gute Sache.

Mitbestimmung, Beteiligung und Mitgestaltung sind die großen Begriffe aus der Teilhabedebatte. Aus der Sicht von Jugendlichen ergänzen wir die Begriffe altersgerecht, transparent und demokratiebildend. Teilhabe für Jugendliche braucht altersgemäße Konzepte und Begleitung. Es entstehen erstaunliche Dinge, wo Menschen sind, die Haltung haben, Jugendliche begleiten ohne sie zu bevormunden und bereit sind, Macht abzugeben.

Der Landesjugendring unterstützt im Moment zwei kommunale Beteiligungsprojekte, und wir arbeiten da noch einmal daran, Gelingensbedingungen herauszufiltern.

Der vorliegende Antrag zeigt aus unserer Sicht klare Haltung für Jugendliche, schafft bessere Rahmenbedingungen, ermöglicht mehr Partizipation für Jugendliche in Rheinland-Pfalz und verbessert das Aufwachsen.

Der zweite Teil kommt von Frau Kollegin Leonie Hein.

**Frau Hein:** Vielen Dank an Volker Steinberg für die einleitenden Worte, aber auch danke, dass der Landesjugendring in diesen Prozess zur eigenständigen Jugendpolitik im Land einbezogen wird.

Der dritte Punkt, den wir einbringen wollen, ist bereits in den schriftlichen Stellungnahmen mehrfach genannt worden. Es geht um das Engagement der jungen Menschen. Jugendliche sind überdurchschnittlich ehrenamtlich engagiert, und auch hier möchte ich den Begriff Respekt von Volker Steinberg aufgreifen. Diesem Engagement muss mit Respekt begegnet werden. Die Bedingungen, unter denen sich die jungen Menschen ehrenamtlich engagieren, müssen erhalten werden, und wo nötig, müssen sie verbessert und ausgebaut werden. Schule und Leistung dürfen in unseren Augen nicht das allein herrschende Thema im Alltag der jungen Menschen sein.

Was sind die konkreten Punkte, die sich der Landesjugendring noch wünscht? Ein Punkt ist, wir stellen fest, der bundesweite Austausch bei Freizeiten und in Bundeslagern unserer Verbände wird immer schwieriger möglich, weil die Ferienzeiten in den Bundesländern immer weiter auseinandergezogen werden. Das ist ein Punkt, den wir hier gern noch einmal platzieren wollten. Es wäre sehr im Interesse dieses ehrenamtlichen Engagements, wenn man dies weiter zusammenrückt und mehr gemeinsame Freizeiten möglich sind.

Ein weiterer Punkt ist, Rheinland-Pfalz hat ein sehr gutes Gesetz zur Ehrenamtsfreistellung, durch das ehrenamtlich tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich freistellen lassen können. Allerdings sind die Sätze, die für die Freistellung gezahlt werden, einigermäßen in die Jahre gekommen und entsprechen nicht einmal mehr der heutigen Mindestlohnregelung. Eine Erhöhung wäre in unseren Augen durchaus angemessen, beispielsweise analog zum Bundesland Hessen, in dem der komplette Verdienstaufschlag gezahlt wird.

**13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –**

Das vierte und letzte Thema, das wir einbringen wollen, ist die Förderung. Auch hier geht es darum, Jugendlichen mit Respekt durch ausreichende finanzielle Ausstattung von Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit zu begegnen. Junge Menschen denken und handeln in Projekten. Das hat auch Herr Decker schon sehr schön gesagt. Sie wollen sich ausprobieren, sind schnell begeisterungsfähig und nicht immer langfristig engagiert, was auch daran liegt, es ist ein überschaubarer Zeitrahmen, in dem sie sich überhaupt engagieren können und jugendlich sind.

Jugendarbeit muss allerdings diese Projekte ermöglichen und braucht deswegen eine Regelförderung. Projektfinanzierung ist sehr voraussetzungsvoll. Man braucht Wissen, Strukturen, Kontakte und viel Zeit, um Anträge zu stellen. Projekte enden häufig mit dem Finanzierungsende. Wir stellen in unseren Strukturen viel Frust über Projektanträge fest. Auf unserer Seite geht viel Zeit und Geld verloren, aber auch auf der Seite derjenigen, die das alles kontrollieren müssen.

Das ist alles Zeit, die nicht für pädagogische Arbeit zur Verfügung steht. Wir stellen mitunter fest, bei manchen Geldgebern – nicht bei Landesgeldern – fühlt man sich mit sehr viel Misstrauen begegnet, wenn man teilweise für Cent-Beträge Abrechnungen machen muss. Projektförderung bedeutet einen Zwang, Arbeit immer wieder neu auszurichten und immer wieder neue Projekte zu finden. Arbeit wird oft an Förderprogrammen ausgerichtet, was nicht immer politisch sinnvoll ist und vor allem nicht nachhaltig.

Die bewährte Arbeit, die vor Ort gemacht wird, ist oft gut, lässt sich aber nicht immer als neues Projekt verkaufen. Projektergebnisse laufen ins Leere, wenn eine Anschlussfinanzierung fehlt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Regelfinanzierung ausgebaut und die Projektfinanzierung begrenzt wird.

Mit Blick auf die Förderung in Rheinland-Pfalz wollen wir zwei konkrete Punkte einbringen. Die soziale Bildung wurde zuletzt auf 2 Euro pro Tag und Teilnehmer erhöht. Das finden wir sehr gut. Allerdings denken wir, auch mit 4 Euro pro Tag und Teilnehmer ist noch keine Freizeit überfinanziert und empfinden das als angemessenen Regelsatz für die Arbeit, die da gemacht wird. Auch in diesem Bereich werden die pädagogischen Helferinnen und Helfer derzeit ab dem zehnten Tag gefördert. Pädagogische Arbeit findet in den Freizeiten nicht erst ab dem zehnten Tag statt, sondern im Zweifelsfall ab dem zweiten oder sogar dem ersten. Das ist die Realität, und das sollte angepasst werden.

Zuletzt wollen wir noch Respekt für dieses 1-Million-Euro-Förderprogramm für die Jugend zollen. Das ist in Zeiten der Schuldenbremse sicherlich nicht selbstverständlich. Im Namen der Jugendlichen, die wir selbst nicht mehr sind, aber mit denen wir täglich arbeiten, sagen wir Respekt dafür, das durchgesetzt zu haben.

Der Landesjugendring steht gern weiter als Ansprechpartner für die Ausgestaltung der eigenständigen Jugendpolitik zur Verfügung und will damit zur Verbesserung des Aufwachsens der Jugendlichen beitragen.

Vielen Dank.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Frau Hein, Herr Steinberg, vielen Dank. Eine Zusatzfrage von Herrn Frisch.

**Herr Abg. Frisch:** Ich habe zwei konkrete Fragen, weil schon viele Allgemeinplätze gefallen sind, denen man zustimmen kann. Ich finde, Sie haben es aber erfreulich konkret gemacht.

Ich habe selbst jahrelang Jugendarbeit gemacht und das Thema „Räume“ immer wieder als Problem erlebt. Sehen Sie noch Handlungsbedarf für Jugendliche in Neubaugebieten, in denen ich es nicht erlebt habe, dass man von vornherein etwas eingeplant hat, oder auch in städtischen Sanierungsbereichen räumliche Möglichkeiten direkt mit vorzusehen? Sehen Sie da noch den Bedarf, etwas mehr zu tun?

Der zweite Punkt betrifft die Ganztagschule. Darüber hatten wir schon einmal gesprochen. Wie weit ist die Ganztagschule fördernd oder ein Hemmnis für Jugendarbeit? Auch da weiß ich, dass dadurch Kinder – – –

(Herr Abg. Ruland: Das ist eine inhaltliche Frage, die man später vielleicht stellen kann!)

13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –

– Ach so, diese soll man später stellen. Ich wollte von den beiden wissen – – –

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Meine Damen und Herren, das entscheidet letztlich der Vorsitzende, wenn ich daran erinnern darf. Ich lasse Herrn Frisch noch fertig fragen. Inwieweit wir das später insgesamt vertiefen, ist eine andere Frage.

**Herr Abg. Frisch:** Ich wäre auch damit einverstanden, wenn Sie die Frage mitnehmen und nachher im Kontext beantworten. Die Frage ist, inwieweit die Ganztagschule fördernd oder unter Umständen auch ein Hemmnis für eine Jugendarbeit darstellt.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Ich kann vielleicht für das Publikum sagen: Das ist ein Thema, das wir schon verschiedentlich immer diskutiert haben. Insofern mögen es alle Anzuhörenden noch einmal im Hinterkopf behalten, und wir können es zum Schluss in der Runde noch einmal mit ansprechen. Ich glaube, das ist ein Modus, den wir gut dazu nehmen können, bevor ich zum ersten Teil um eine Einschätzung bitte und an Herrn Professor Züchner weitergebe.

**Herr Steinberg:** Ich glaube, man sollte vielleicht mehr darauf achten, welche Räume Jugendliche vor Ort brauchen, noch einmal sehen, welche Umsetzungsmöglichkeiten es gibt und sie fragen, was sie brauchen, anstatt vorher schon einzuplanen, was vielleicht gar nicht angenommen wird. Ich halte es für die richtige Lösung, mit Jugendlichen zu sehen, welche Räume sie brauchen und das umzusetzen.

(Herr Abg. Frisch: Gibt es denn genug? Gibt es denn genug Räume? Das war letztendlich meine Frage!)

– Das ist sicherlich, wie vieles in Rheinland-Pfalz, regional sehr unterschiedlich.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Einstweilen vielen Dank. Das Wort hat Herr Professor Dr. Züchner.

**Herr Univ.-Prof. Dr. Ivo Züchner**  
**Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften**

**Herr Univ.-Prof. Dr. Züchner:** Herzlichen Dank für die Einladung. Ich muss leider wieder in die Allgemeinheit ausweichen, weil ich kein Akteur in Rheinland-Pfalz und nur Bürger dieses Landes bin. Ich versuche, eine Einschätzung dieses Antrags auf der Grundlage meiner Erfahrungen als Wissenschaftler, aber auch als Sachverständiger des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zu geben. Ich möchte das an drei bis dreieinhalb Punkten festmachen, bei denen ich versuche, ein bisschen zu kommentieren, was vorgeschlagen wird und auch zu würdigen.

Wir haben im 15. Kinder- und Jugendbericht als zentrale Aussage das Motto festgelegt, wie Jugend ermöglicht werden kann. Wir haben uns auch mit Jugendarbeit, aber nicht nur, beschäftigt.

Vor dem Hintergrund kann ich zum ersten Punkt, der Frage der eigenständigen Jugendpolitik oder was Jugendpolitik ist, kommen. Wir sagen, wenn ein Antrag vorliegt, der sich mit eigenständiger Jugendpolitik befasst, dann ist darin erst einmal viel enthalten. Deswegen würde ich aus meiner Einschätzung, die nicht die der Jugendberichtskommission ist, immer erst einmal sagen: Ein Antrag ist eine Würdigung des Themas der Jugend und der Jugendpolitik und ein richtiger und wichtiger Schritt, eigenständige Jugendpolitik auf die Tagesordnung zu bringen. Rheinland-Pfalz hat im Bundesvergleich seit Jahren sicherlich eine Vorreiterrolle sowohl in der Berichterstattung als auch in dem, was finanziell in die Hand genommen wird. Das kann man auch als externer Beobachter erst einmal würdigen.

Das Zweite ist, wir haben überlegt, was es heißt, Jugend zu ermöglichen. In der Jugendphase sind drei Prozesse zentral. Das eine ist die Qualifikation und die Qualifizierung, vor allem die schulische und berufliche, aber auch in dem Sinne, ein gesellschaftsfähiger und eigenständiger Menschen zu werden, der sich sozusagen sowohl im Straßenverkehr bewegen als auch mit Familie und Freunden umgehen kann. Ein Jugendlicher muss zweitens neben der Qualifikation in Qualifizierungsprozessen lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Im dritten Schritt muss er sich selbst mit Blick auf seine politische, gesellschaftliche und familiäre Orientierung im Sinne der eigenen Interessen und der Gemeinschaftsinteressen positionieren. Dies heißt häufig in den Gesetzestexten eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit.

Das nur als kurzer Rahmen dazu, wie ich kommentieren möchte und was das mit Jugendpolitik und Jugend zu tun hat. Ich finde, in dem Antrag, wie ich ihn lese, erst einmal sehr viel wieder, was dies würdigt. Ich habe zwei, drei Anmerkungen, bei denen ich sage, da könnte man weiter diskutieren. Ich sehe aber in dem Ganzen erst einmal – wie ich auch die Kommentierungen dazu lese – einen hohen Konsens, dass in Rheinland-Pfalz Jugendpolitik als eigenständige Aufgabe wichtig ist und sie sozusagen nicht zwischen Bildungs-, Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitik automatisch erfüllt wird, sondern als Schnittstelle fungiert.

Ich bleibe bei meinen Vorrednern und der Betonung, die auch in dem Papier deutlich wird: Es ist zualterererst eine kommunale Angelegenheit, die sich in der Praxis kommunal aktualisiert. Ich würde den Vertretern des Landesjugendrings zustimmen, wenn sie sagen, die Schule kommt da noch ein bisschen wenig vor. Man sagt, wir haben lange die Jugendpolitik als Jugendarbeit gedacht. Wahrscheinlich muss man die Jugendpolitik, wenn man sie als Querschnittsaufgabe denkt, mit der Frage verknüpfen, inwieweit sie nicht immer auch mit der Ermöglichung von Chancen, die auch Schulen bieten – wir können über die Ganztagschule gern nachher noch reden –, zusammenhängt. Das ist in dem Papier noch relativ defensiv behandelt, sodass man sich fragen kann, inwieweit die Systeme besser miteinander reden können. Das ist ein wichtiger Punkt.

Im zweiten Schritt möchte ich gern die Frage von Engagement und Beteiligung herausgreifen, die in dem Papier stark gemacht wird. Auch hier haben die Vertreter des Landesjugendrings schon darauf hingewiesen, das Jugendalter ist ein starkes Alter des Engagements und der Beteiligung des Interesses. Wir nehmen das häufig gar nicht so wahr. Alle Studien – sowohl die Erwachsenen- als auch die Jugendstudien – zeigen aber, das Jugendalter zwischen 16 und 25 ist das Alter, in dem sich Jugendliche am meisten in Vereinen, Verbänden und Organisationen engagieren und das politische Interesse prinzipiell am höchsten ist. Das ist sozusagen häufig weggerutscht. Es wurde gesagt, alle seien desinteressiert usw. Das stimmt so nicht.

Wir haben in dem Alter ein riesiges Potenzial, was auch mit der gesellschaftlichen Selbstpositionierung zu tun hat. Ich muss meine Rolle und meine Position finden. Wir müssen uns nur fragen, wie Gesellschaft so etwas gut unterstützen kann. Eine Hauptaufgabe der Jugendpolitik ist es, diese Prozesse neben der Ausbildung und Qualifizierung stark zu machen. Wir sagen, das, was wir an Engagement haben, ist ein zentrales Element, das Jugendpolitik stärken muss.

Dazu aber immer der Hinweis, wie gesagt wurde: Wir haben hoch engagierte Jugendliche, wir haben interessierte Jugendliche und auch Jugendliche, die sich wenig interessieren, aus einem sozioökonomischen Hintergrund möglicherweise eher abgehängt sind und sich eher nicht so stark beteiligen und eingebunden sind. Deswegen ist Jugendpolitik, wie wir sie im Jugendbericht verstehen, einmal die Förderung dessen, was wir an Engagement schon gesehen haben und auch in den Strukturen mittlerweile etabliert und entwickelt ist. Außerdem gilt es Wege zu finden, Jugendliche abzuholen und mitzunehmen, die wir normalerweise über Argumentationen nicht einfach erreichen und die nicht in den Jugendverbänden auftauchen. Die Frage ist, wie ich diese in einen politischen Mitteilungsprozess mit einbinden kann.

Ich komme zu meinem dritten Punkt, der Frage des Wie, zu der sich in dem Papier auch einiges findet. Die Frage ist, wie man Jugendliche beteiligt. Das ist eine Frage, die sich die Schule stellt, die Jugendarbeit immer wieder neu stellen muss und die nicht automatisch gelöst wird. Die Frage der Form – ob Jugendliche sich eher in Projekten engagieren, wie Jugendliche sich einbinden lassen – ist eine, die in der Jugendpolitik eine zentrale ist und nicht allein über die Jugendarbeit gelöst wird. Dort sind Beteiligungsprojekte hilfreiche Maßnahmen, erreichen aber nicht flächendeckend alle Jugendlichen.

Im Jugendbericht haben wir uns die Frage gestellt, wie weit wir mit Kinder und Jugendlichen eine neue Form von Beteiligungskultur etablieren können, die Jugendliche befähigt, interessiert und partizipieren lässt in dem Sinne, dass sie etwas verändern können. Ich glaube, wir haben schon ein paar gute Beispiele gehört. Die Frage, die sich in dem Kontext immer stellt: Wie fördern wir die, die sowieso schon engagiert sind, und wie erreichen wir die, die nicht engagiert sind?

In dem Papier finde ich die Betonung sehr wichtig – das klang im ersten Vortrag auch heraus –, das Thema „Mobile Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ zu erreichen und zu sehen, wir haben nicht überall bestehende breite Infrastruktur, und die Infrastruktur wird nicht überall breit genutzt. Man muss mit solchen Elementen, wie wir es auch in der Kommission gesehen haben, neue Wege und Möglichkeiten finden, auch andere Jugendliche, die sich vielleicht normalerweise nicht einnehmen lassen, stärker einbeziehen.

Wir wollen Jugendliche erreichen, ihnen die Möglichkeit geben, in Kooperation mit freien Trägern, der öffentlichen Hand, der Schulen oder – was auch im Papier auftritt – der kommunalen Ebene zu Bürgern ihrer Kommune zu werden und ihnen mit Angeboten und Beteiligungsformen nicht helfen oder sie belehren, sondern sie zu Akteuren machen. Das ist vielleicht die große Herausforderung, die man nicht mit Rezepten haben kann, aber für die ein Rahmen in der Jugendpolitik aufgezeigt ist, der den Kommunen gute Chancen bietet, so etwas umzusetzen.

Das Letzte, was ich dazu kommentiere, ist genau das, was anfangs kam: Die Kommune ist der entscheidende Ort, in der das passiert. Jugendliche erleben die Kommune, dort fallen ihnen Änderungen auf und dort bringt ihnen Mitbestimmung unmittelbar etwas. In die Kommune müssen sie irgendwie eingebunden sein, sei es über die Vermittlung mit Jugendarbeit oder ohne die Jugendarbeit über die Schulen und andere Formen von Trägern. Die Kommune ist sozusagen bei aller Wichtigkeit von Landes- und bundespolitischen Entscheidungen der Ort, an dem Jugendliche lernen, wie Politik funktioniert, wie man selbst wirksam wird, und wo sie erfahren, ob sie wirksam und beteiligt sind und ob sie sich in einem Wohngebiet einmischen. Es ist wichtig, das als Ort zu verstehen, in dem Jugendliche dazugehören.

Als Nebensatz ohne die Diskussion aufmachen zu können: Es gibt für mich durchaus Argumente, warum man über das Wahlalter und die Veränderung des Wahlalters nachdenken könnte, wenn man sagt, die Kommune ist der Ort, den Jugendliche erleben, und die Kommune ist das, wo sie sich als Erstes politisch verstehen können. Wo die Wahlaltergrenzen genau gelegt werden, ist immer ein bisschen willkürlich, aber das Alter von 18 Jahren, in dem manche Lernprozesse schon längst abgeschlossen sind, ist auch nicht in Stein gemeißelt. Vielleicht das dazu in aller Kürze.

Ich finde, die beiden zentralen Elemente, die in dem Papier auch auftauchen – Beteiligung und Ungleichheit –, werden die Jugendpolitik prägen. Ich kann mir vorstellen, ohne dass ich die konkreten Umsetzungen in jedem Fall beleuchten kann: Was Rheinland-Pfalz aufsetzt, bietet viele Möglichkeiten für die Kommunen und mit den Kommunen aktiv zu werden.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Herr Professor Züchner, vielen Dank. Noch Rubrik Nachfrage? – Frau Schellhammer, bitte schön.

**Frau Abg. Schellhammer:** Das ist eine inhaltliche Nachfrage, die wahrscheinlich auch diskutiert wird, aber ich denke, das ist vom Ablauf her in Ordnung. Vielen Dank für die Darstellung. Ich glaube, die verschiedenen Perspektiven, die wir gehört haben, haben sich gut zusammengefügt.

Ich habe zwei konkrete Nachfragen. Herr Decker, es würde mich zunächst interessieren, wie das Thema der Verzahnung von Schule und Jugendarbeit in dem Prozess vor Ort diskutiert wurde.

Wir haben gehört, die Jugendphase ist entscheidend, um Engagement wirkmächtig zu machen und Demokratie zu erlernen. Die Vertreter des Landesjugendrings würde ich gern fragen, was die Jugendverbände für dieses Demokratielernen – vielleicht vertieft anhand von ein paar Beispielen aus dem Lernort Jugendverband – mitbringen.

**Herr Abg. Frisch:** Herr Professor Züchner, ich habe eine kurze Nachfrage an den Wissenschaftler zum Thema „Engagement“. Nach meinem Eindruck lassen sich junge Menschen heute weniger für längerfristige Mitarbeit und eher für kurzfristige Projekte gewinnen. Können Sie das bestätigen, oder ist das ein Eindruck, den ich gewonnen habe, der aber wissenschaftlich nicht belegbar ist?

**Herr Abg. Ruland:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst bei allen Anzuhörenden bedanken und dafür danken, wie intensiv Sie sich zum Teil mit unserem Antrag auseinandergesetzt haben, welche Würdigung Sie teilweise darin gesehen haben und dass Sie die Aussagen in vielen Punkten unterstützt haben.

Ich möchte in der ersten Fragerunde – ich habe viele Fragen, weil ich sehr aufmerksam mitgeschrieben habe, was Sie uns erklärt haben – das Thema ähnlich wie Pia Schellhammer beleuchten. Was ist Schule, was ist Jugendarbeit, und wie können wir gemeinsam Synergien verstärken? Bis jetzt sind das zwei Systeme, die ein bisschen nebeneinander herlaufen. Herr Decker, auch bei Ihnen, deswegen würde ich die Frage an Sie, den Landesjugendring und Herrn Professor Züchner richten. Wie glauben Sie, kann es uns gelingen, Synergien im Bereich Jugendarbeit und Schule zu etablieren, und welche vielleicht schon konkreten Maßnahmen würden Sie uns auf diesem Weg empfehlen?

**Herr Abg. Herber:** Auch von mir ein Dankeschön an alle sachkundigen Beteiligten für die Darstellung Ihrer Ansichten. Meine Frage geht an Herrn Decker und Herrn Vogt. 5 % der Ausgaben sollen für die Kinder- und Jugendhilfe aufgebracht werden. In Worms sind es 2,9 %, wenn ich es von dem Schaubild richtig in Erinnerung habe. Der Landesjugendring sagt, es ist immer noch viel zu wenig. Wir wissen aber auch, es gibt in der Kinder- und Jugendarbeit in der Kommune Bereiche, die immer noch als freiwillige Leistung gewertet werden. Das heißt, ist es überhaupt darstellbar, viel mehr Geld für die Kinder- und Jugendhilfe zu verwenden, ohne dass die ADD am Ende sagt: Schaut über euren Haushalt, ich genehmige den so nicht, ihr müsst wieder ein bisschen bei den freiwilligen Ausgaben streichen. – Darunter fallen viele Dinge, mit denen man Wünsche und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen erfüllen könnte.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Vielen Dank. Wir gehen in die Antwortrunde. Ich habe als Querschnittfrage die der Vernetzung, die von Frau Schellhammer und Herrn Ruland angesprochen wurde. Vielleicht arbeiten wir das als Erstes ab. Wer will anfangen? – Herr Decker, mit Ihren Einschätzungen.

**Herr Decker:** Ich habe jetzt Erfahrung mit der Rolle des Anfängers. Deshalb fange ich noch einmal an. Zum Thema „Jugendarbeit und Schule“ haben wir eine Veranstaltung gemacht, bei der wir sehr heiß diskutiert haben. Das sind schon zwei sehr unterschiedliche Systeme, die dort aufeinanderprallen.

Mit der Ganztagschule ist es nicht einfacher geworden. Wir haben mit der Ganztagschule das Phänomen, vonseiten der Jugendarbeit werden Angebote an der Schule gemacht, welche diese aber oft

wenig erfolgreich an der Schule etablieren kann. Das hängt vielleicht ein Stück weit damit zusammen, dass Jugendliche an der Ganztagschule nicht frei auswählen können, was sie machen möchten. Ich habe vielleicht vier bis fünf AGs und muss mich für eine entscheiden.

Die Schule stellt einen anderen Kontext dar, als wenn sie in einen Turnverein in die Turnstunde oder zum Fußballverein ins Fußballtraining gehen. Das ist ein anderer Zusammenhang und eine andere Zielrichtung. Ich glaube, in den Köpfen der Jugendlichen ist es weiterhin Schule und kein Freizeitangebot, obwohl es sicherlich im Rahmen der Ganztagschule so gedacht ist. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Träger mir sagen: Ich bekomme den Schlüssel von der Turnhalle, bekomme zehn Kinder, 15 Jugendliche und bekomme gesagt, mache jetzt zwei Stunden dein Programm. – Das ist losgelöst von der Schule.

Die Schule sagt auf der anderen Seite: Ich würde gern die Akteure, die ich im Ganztagsunterricht einkaufe, pädagogisch vonseiten der Schule begleiten, damit es ein gemeinsames Projekt wird, aber dafür habe ich keine Mittel. – Das sieht der Ganztagsbereich nicht vor. Wenn ich jemanden einkaufe, kann ich da niemanden ergänzend von der Schule zur Seite stellen. Ich glaube, das ist ein Punkt, über den man sich intensiver Gedanken machen muss: Wie bekommen wir ein solches Angebot als gemeinsames Angebot der Jugendarbeit und der Schule umgesetzt?

Die Jugendarbeit befindet sich immer wieder in der großen Gefahr, von der Schule vereinnahmt zu werden, und man begegnet sich nicht auf Augenhöhe und im Schulterschluss. In den Gesprächen mit Schulen haben wir ein Gefälle: Wir Schule, du Jugendarbeit, mache doch einmal bitte, was wir wollen. – Das funktioniert nicht. Da muss ein Umdenken stattfinden, dass man sagt: In Ordnung, wir müssen es gemeinsam tun. Wir müssen diese Aufgaben gemeinsam schultern, wir brauchen beide die Ressourcen, damit wir das auch leisten können, aber wenn das gewährleistet ist, kann man sich ein Stück weit aufeinander zu bewegen. – Man findet gemeinsame Lösungen, wenn man sich auf dieser gemeinsamen Ebene befindet.

Wir hatten bei dieser Veranstaltung einen Referenten vom Bayerischen Jugendring eingeladen, der uns ein sehr gutes Beispiel genannt hat. In Ingolstadt wollte der Stadtrat, dass man das Jugendzentrum an das größte Schulzentrum anbindet, sodass es räumlich nah zusammen ist, die Übergänge von der Schule in die Jugendarbeit gut miteinander verknüpft sind und das gut miteinander funktioniert. Das ist letzten Endes am Widerstand der Schule gescheitert. Der Rat sagte: Ja, wir wollen das, wir gehen da in die Offensive und versuchen das umzusetzen, um diese beiden Systeme miteinander zu verknüpfen. – Dort ist es aber letzten Endes an der Schule gescheitert.

(Frau Abg. Willius-Senzer: Ist das ein Gymnasium oder eine IGS?)

– Ich habe mich nicht näher mit der Fallkonstellation beschäftigt. Man hat aber gesehen, diese beiden Systeme sind so weit auseinander, dass es sehr schwierig ist, sie zusammenzubringen und auf Augenhöhe oder besser noch im Schulterschluss so miteinander zu vernetzen, dass gemeinsam für die Jugendlichen das beste Angebot herauskommt.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Viele von uns können sich die Situation vorstellen. Die Frage ging auch an den Landesjugendring und Herrn Professor Züchner. Wenn Sie es noch aus Ihrer Sicht ergänzen wollen: Es geht um die Frage der Vernetzung, der Zusammenarbeit und der Augenhöhe, um nur ein paar Stichworte zu wiederholen.

**Herr Steinberg:** Ich kann zustimmen. Es sind zwei unterschiedliche Systeme, und oft wird nicht auf Augenhöhe miteinander kommuniziert. Der wesentliche Unterschied ist, Angebote der Jugendarbeit sind freiwillig. Das ist die Schule nicht. Das macht es schwierig. Es gibt andere Formen des Lernens im Bereich der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Hinsichtlich der Orte hat die Schule immer etwas mit Schule zu tun. Man muss noch einmal über Kooperationen nachdenken und dazu vielleicht aus der Schule heraus.

Zur Ganztagschule möchte ich nur einen Satz sagen: Die mir vorliegenden Zahlen sagen aus, ungefähr ab der siebten Klasse gehen die Jugendlichen eher weniger in die Ganztagschule.

Wir haben im Januar 2015 einen gemeinsamen Fachtag zum Thema „Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Ganztagschule“ veranstaltet. Wir sind letztendlich auch eher auf die Unterschiede gekommen, die es schwierig machen. Dazu gibt es eine gute Broschüre des Landesjugendrings, in der die Beiträge von Professor Ivo Züchner enthalten sind. Wir haben davon noch ein paar in der Geschäftsstelle.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Vielen Dank für den guten Hinweis. – Herr Professor Züchner.

**Herr Univ.-Prof. Dr. Züchner:** Zu diesem Thema könnte ich sofort eine halbe Stunde vortragen. Ich versuche, mich kurz zu halten. Ich glaube, das Thema „Ganztag“ ist extrem komplex. Das wissen alle hier. Das Thema „Schule“ ist es generell auch. Ich glaube, zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule gab es in den Achtzigerjahren eine Diskussion. Die Ganztagschule hat es noch einmal neu aufgerollt. Ich tue mich sehr schwer, da eine eindeutige Positionierung zu finden.

Vor dem Hintergrund des Antrags würde ich aber zwischen der Ganztagschule für Kinder und der Ganztagschule für Jugendliche unterscheiden. Bei Kindern reden wir von der Kindertagesbetreuung im erweiterten Maße, etwa der Frage für Eltern, wie Kinder betreut sind, und von Erwerbstätigkeit. Wir reden zudem von Ganztagschulen, bei denen wir momentan merken, die Jugendlichen steigen aus, wenn sie jugendlich werden, weil sie selbst sagen: Wie es organisiert ist, ist es nicht unser Ding.

Wir hören beispielsweise beim Thema „Beteiligung“: Wir können uns nicht beteiligen, da die Angebote eher für Kinder als für uns gemacht sind. Wir haben keinen Freiraum für das, was wir vielleicht eher, wenn wir in die Jugendarbeit gehen, in der Jugendarbeit finden und uns sonst sozusagen anderweitig suchen. – Deswegen würde ich da nie sofort sagen, das ist schlecht und das ist gut usw. Es ist die Frage, wie man so etwas organisieren kann. Wir haben ein paar Beispiele, wo es in Kooperation von Jugendarbeit und Schulen funktioniert, Jugendliche ihren eigenen Gestaltungsspielraum haben und Jugendarbeit einbringen kann, dass Jugendliche sich stärker selbst organisieren, was in der Schule immer schwierig ist. In Schulen sind es Jugendliche nicht gewohnt, sich selbst zu organisieren, weil es dort eher um Angebote, Organisation und Planung geht.

Die Frage war, ob es konkrete Hinweise, Maßnahmen und Empfehlungen gibt. Bei allen Schulen muss man sich sehr genau überlegen, was ich mit meiner Ganztagschule will und wozu ich den Ganztag habe. Wenn ich sage, ich will den Ganztag, um den Unterricht optimal zu gestalten sowie die Stunden, die Mobilität und anderes auszugleichen, dann sollte man sich davon verabschieden, dass das jugendgerecht ist. Wenn man das Gefühl hat, man möchte mit der Ganztagschule Jugendliche in Richtung anderer Formen des Lernens, der Erfahrung und der Beteiligung bringen, dann muss man darüber nachdenken, wie man unterrichtet und Ganztagsnachmittage so organisiert, dass Jugendliche einen Freiraum haben, um sich etwa politisch und sozial zu engagieren. Es gibt in Verbindung mit Verbänden, aber auch in Reformschulen usw. sicherlich viele gute Beispiele, wo sich beide Systeme aufeinander zubewegen und verhandeln können. Das hat viel mit den Akteuren zu tun, die dort Verantwortung und Macht abgeben müssen. Das dazu schnell als Kommentar.

Ich habe noch eine Antwort auf die Frage der Länge des Engagements. In der Tendenz sagt die Forschung, es stimmt, Jugendliche engagieren sich heute eher in Projekten. Gleichzeitig – wie es gerade gesagt wurde – hängt es immer vom Milieu und bestimmten Einbindungen ab. Sie finden in den ländlichen Kreisen deutlich stärkere Einbindungszeiten. Dort hat man eine viel stärkere Bindung an seinen Sportverein und an seine Kirche, die auch länger hält, weil die Mobilität vielleicht nicht so hoch ist. Bei anderen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen haben wir allein durch den Ortswechsel, verschiedene Bildungsorte und Ausbildungsstätten, die sie wahrnehmen, einen viel stärkeren Wechsel. Deswegen ist dies regional differenziert zu betrachten. Wer einmal stark im familiären Milieu eingebunden ist, der bleibt noch jahrelang dabei. In der Tendenz würde ich Ihnen aber recht geben.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Vielen Dank. Da haben wir die Frage gleich mit erledigt. Bevor ich die nächsten Wortmeldungen aufrufe, steht noch der Themenkomplex der Finanzen aus. Herr Herber hat es angesprochen. Die Frage, wie sich das 5 %-Ziel stemmen lässt, ging an Herrn Decker und Herrn Vogt. Sie haben uns einen schönen Weg gezeigt, der zumindest in Worms gegangen wurde. Wenn Sie dazu als Einschätzung noch etwas ergänzen würden.



**Herr Decker:** Gute Jugendarbeit braucht entsprechende Ressourcen. Das ist ganz klar. Aus meiner fachlichen Sicht halte ich 5 % für angemessen. Wenn man die Jugendhilfeausgaben, die wir insgesamt haben, sieht – ich kann jetzt nur für Worms sprechen –, halte ich es für angemessen, davon 5 % für die Jugendarbeit auszugeben.

Ich weiß nicht, ob 5 % eine gute Lösung sind; denn wenn ich hingehe und sage, Ausgaben für Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung begrenze ich nach oben und die Jugendhilfeausgaben steigen nicht, sondern sie sinken, dann sinkt auch die 5 %-Grenze für die Jugendarbeit.

Ich glaube, man sollte sich eher Gedanken machen, wie viel Mittel man pro Kopf für die Jugendarbeit aufwenden möchte. Wie viele Jugendliche habe ich in einer Kommune, und was ist mir dieser Jugendliche mit den Angeboten der Jugendarbeit wert? Man sollte sich danach ausrichten und sehen, dass das passt. Die 5 %-Grenze wäre für uns in Worms im Moment sicherlich ein guter Deal. Damit könnten wir sehr gut umgehen und das tun, was wir schon immer tun wollten. Es ist aber nicht in Stein gemeißelt, dass es bei diesen Beträgen bleibt.

**Herr Herber:** Herr Decker, Sie haben von einer Pro-Kopf-Zahl gesprochen. Haben Sie da irgendetwas im Kopf? Sind es 100 Euro? Sind es 40 Euro? Ich glaube, Sie haben jetzt circa 63 Euro.

**Herr Decker:** Wir haben ungefähr 63 Euro ausgerechnet, mit denen wir bei 2,9 % liegen. Wenn sie das auf 5 % hochrechnen, dann hätten wir ungefähr einen Wert, mit dem wir gut arbeiten könnten.

**Herr Abg. Ruland:** Ich habe eine Frage zu den 5 %, die Sie angesprochen haben. Sie hatten die Zahl von 3,67 Jugendarbeitern auf 10.000 Jugendliche genannt. Heute sind wir im Verhältnis bei 8,11. Welche Zahlen hatten wir vor zehn oder 15 Jahren? Dadurch haben wir vielleicht eine Einschätzung, von woher wir kommen und auf welchem Weg wir sind.

**Herr Decker:** In Worms lagen wir vor zehn oder 15 Jahren bei demselben Wert wie im Jahr 2014. Also hat sich da in den letzten zehn bis 15 Jahren wenig entwickelt.

**Herr Vogt:** Die Frage ging auch ein Stück weit dahin, ob es für die Kommunen möglich ist, weil es auch eine freiwillige Leistung ist. Ich glaube, pauschal kann man das nicht beantworten, weil es regional sehr unterschiedlich zu sehen ist, ob das noch möglich ist.

Der Landesjugendring sagte, es ist erstaunlich, dass in Zeiten der Schuldenbremse so etwas aufgelegt wird. Das finde ich auch, und ich finde das auch grundsätzlich gut. Auf der anderen Seite muss ich sagen: In den Kommunen merken wir die Schuldenbremse schon, obwohl wir sie selbst gar nicht haben. Ein Beispiel in meiner Stellungnahme war das Landesstraßengesetz, bei dem es inzwischen Gott sei Dank eine Lösung gibt.

Deshalb möchte ich kurz wiederholen, was ich schon gesagt habe: In den Kommunen – wie Herr Professor Züchner gesagt hat – findet Jugendarbeit statt. Dort leben die Jugendlichen die Jugendarbeit. Man muss die Kommunen auch in die Lage versetzen, diese Jugendarbeit als freiwillige Leistung auszuführen. Das wird teilweise schwieriger, weil die Aufgaben für die Kommunen von oben kommen – vom Bund und vom Land vor allem auch im aktuellen Fall –, sie zunehmen und schwieriger werden. Dadurch wird es logischerweise auch schwieriger, freiwillige Leistungen wie die Jugendarbeit umzusetzen.

**Frau Abg. Schellhammer:** Ich hatte noch an den Landesjugendring die Frage nach non-formalen Lernorten für Demokratie gestellt.

Ich würde noch eine Frage nachlegen. Herr Decker, Sie haben den zweiten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz genannt. Da er am Anfang Ihres Prozesses stand, möchte ich Sie fragen, welche Bedeutung eine solche Faktengrundlage für Ihre Arbeit hat und inwieweit Sie einen weiteren Bericht für erforderlich halten.

**Frau Abg. Willius-Senzer:** Herr Vogt, direkt noch einmal zu Ihnen, weil Sie sagen, es wird zu viel von oben gesagt: Welche Kompetenzen sollten konkret auf die Kommunen übertragen werden?

**Herr Abg. Ruland:** Herr Bürgermeister Vogt, die Frage geht auch an Sie. Viele der Kollegen sind in Stadträten, Ortsgemeinderäten, Verbandsgemeinderäten oder Kreistagen engagiert. Deswegen ist das Problem, das Sie schildern, bekannt. Allerdings habe ich den Eindruck, es gibt ein bisschen eine Schiefelage; denn man muss die Frage stellen, wie viel lassen die Umlagenehmer – beispielsweise der Kreis und die Verbandsgemeinde – der Ortsgemeinde Buch, um dort überhaupt Jugendarbeit zu ermöglichen? Wenn Sie mit Ihrem Landrat sprechen – Entschuldigung, wenn ich das so flapsig sage –, dann ist auch die Frage, wie viele Jugendarbeiter und wie viel Geld er Ihnen gibt. Oder haben Sie selbst Ressourcen in Ihrem Haushalt der Ortsgemeinde Buch, um Jugendarbeit zu ermöglichen?

Das wären die Fragen. Ich finde, man muss das an dieser Stelle ein bisschen differenziert bewerten; denn ich teile es. Ich komme aus der Stadt Andernach mit 30.000 Einwohnern und eigenem Jugendamt. Da ist die Lage anders als in der Ortsgemeinde Buch. Wir müssen aber trotzdem schauen, wie wir auf der kommunalen Ebene diese enge Verzahnung hinkriegen und Möglichkeiten, die wir haben, nutzen. Deswegen würde ich Sie bitten, zu meinen Fragen eine kurze Einschätzung abzugeben.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Wir behandeln zunächst die Finanzfragen. Herr Decker, Sie können das gern noch einmal ergänzen. Dann kommen wir zu den Fragen von Frau Schellhammer.

**Herr Vogt:** Ich meinte mit den Kompetenzen eher, dass Dinge wie beim Beispiel der Straßen heruntergegeben werden. Wenn das Landesstraßengesetz umgesetzt worden wäre, wäre das eine erhebliche Mehrbelastung beispielsweise für die Ortsgemeinde Buch geworden, weil wir aus mehreren Ortsteilen bestehen. Wenn man Gelder einsparen muss, um solche Leistungen, die man bisher nicht hatte, plötzlich bringen zu müssen, dann muss man an den freiwilligen Leistungen sparen und ist im Endeffekt direkt wieder bei der Jugendarbeit. Das war im Prinzip der Sidestep, den ich gemacht habe und bei dem ich sage: Kommen da von oben Aufgaben oder Dinge, die wir bewältigen müssen? Diese kosten wiederum etwas, was dazu führt – wenn man einsparen muss –, bei freiwilligen Leistungen zu sparen.

Der Herr Kollege hat recht: Wir haben in der Ortsgemeinde Buch kein eigenes Jugendamt, keine Jugendsozialarbeiter oder Sonstiges. Bei uns funktioniert Jugendarbeit noch ein Stück weit anders. Wir haben zwei Jugendräume, weil wir zwei Ortsteile haben, und diese verwalten sich selbst. Die Jugendlichen haben beispielsweise letzte Woche einen neuen Vorstand gewählt, den sie mir mitteilen. Wenn sie etwas brauchen, dann kommen sie zu mir und sagen: Mensch, wir brauchen eine neue Theke, wir brauchen das und das, ist es möglich, dass wir das bekommen? – Im Normalfall ist die Ortsgemeinde Buch finanziell so gut ausgestattet, dass sie das auch bekommen.

Ich bin selbst auch Kreistagsmitglied. Deshalb rede ich öfter mit dem Landrat. Ich sage ehrlich, die Jugendarbeit, die im Kreis gemacht wird, kommt nicht bis nach Buch. Ob wir sie bräuchten, weil das bei uns sehr gut funktioniert, wenn die Jugendlichen sich selbst verwalten? Ich glaube, es ist ein extrem hoher Lerneffekt für die Jugendlichen, wenn sie einen Jugendraum selbst verwalten, mit dem Bürgermeister reden und ihre Forderungen direkt in den Gemeinderat bringen. Ich bezweifle, dass wir professionelle Jugendarbeit vor Ort bräuchten. Ich sehe das auch so: Diese ist eher in städtischeren Gebieten – wie in Worms oder in unserem Fall im Rhein-Hunsrück-Kreis in Simmern oder in Boppard – angebracht als bei uns in Buch. Ich glaube, wir bekommen das auf dieser Basis der Selbstverwaltung gut hin.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Gibt es noch Ergänzungen oder ist es in Ordnung? – Dann kommen wir zu dem Thema, das Frau Schellhammer angesprochen hatte. Wer möchte antworten? – Herr Steinberg.

**Herr Steinberg:** Leonie Hein wird gleich dazu etwas sagen. Mir ist aber eine Anmerkung noch einmal sehr wichtig. Das SGB VIII sagt eindeutig, Jugendarbeit ist eine Pflichtleistung und keine freiwillige Leistung. Es steht darin: ist zu fördern. – Die Höhe wird dort nicht geregelt. Das ist letztendlich das große Problem, aber es steht auch dabei, der Bedarf ist zu erheben, und die Pflichtleistung ergibt sich daraus. Deswegen ist es nicht korrekt, immer von freiwilligen Leistungen zu sprechen. Das SGB VIII sagt etwas anderes. Das war mir noch wichtig.

**Frau Hein:** Ich darf noch etwas zu der Frage, wie Jugendliche und junge Menschen in den Jugendverbänden Demokratie lernen, sagen. Wir sagen, die Jugendverbände sind die Werkstätten der Demokratie. Ich glaube, das ist auch der Unterschied zur Schule. Es geht nicht darum, Demokratie kognitiv zu lernen. Ich bekomme es etwa nicht per PowerPoint beigebracht, sondern ich erlebe es. Es sind viele

selbstorganisierte Prozesse. Es ist informelles Lernen. Es ist non-formales Lernen. Das findet in Jugendverbänden statt und ist die Stärke. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass es diese Begegnungsorte gibt und sie gefördert werden, um das Zusammenleben der heranwachsenden Generation friedlich zu gestalten.

Beispiele gibt es sehr viele. Es fällt mir ein bisschen schwer, sozusagen einzelne herauszusuchen. Die Verbände machen Gedenkstättenfahrten. Es findet interkultureller Dialog statt. In meinem eigenen Verband – ich komme aus der Gewerkschaftsjugend – gibt es das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), in dem im TrägerInnenverein wiederum andere Jugendverbände aktiv sind. Diese sind beispielsweise an Schulen aktiv, und hier macht sich dieses Spannungsfeld oft auf. Das Netzwerk für Demokratie und Courage macht Projektstage überwiegend an Schulen, aber auch in Verbänden und manchmal in der offenen Jugendarbeit zu den Themen der Diskriminierung, Antidiskriminierung, Vorurteile usw.

Wenn wir an Schulen unterwegs sind, wird deutlich, wie unterschiedlich das ist. Die Menschen, die dort ehrenamtlich unterwegs sind, berichten oft aus den Projekttagen, sie können dann besonders gut mit den jungen Menschen arbeiten, wenn die Lehrkräfte nicht im Raum sind. Das macht viel aus. Die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler macht es noch nicht freiwillig. Sie müssen trotzdem dort sitzen, aber das peer to peer macht etwas aus. Das ist auch eine Stärke, die Jugendverbände haben. Meistens sind die GruppenleiterInnen und Menschen, die es veranstalten, nicht viel älter als die Jugendlichen selbst.

Das sind die Stärken. Ich denke, das Wichtige daran ist, es geht um das Erleben. Das ist in meinen Augen viel nachhaltiger als das Schaubild an der Wand.

**Herr Abg. Ruland:** Frau Hein, ich finde es bemerkenswert, was Sie vorgestellt haben, wie tief das Engagement ist und wie Demokratie erfahrbar wird. Können Sie uns vielleicht noch ausführen, welche Entwicklung dieses Thema aus Ihrer persönlichen Einschätzung des Landesjugendrings in Zukunft nehmen wird?

Ich möchte noch einen anderen Themenkomplex, den demografischen Wandel, ansprechen, und zwar weniger aus der Perspektive, wir werden alle älter und müssen überlegen, welche Wohnformen ältere Menschen später finden, sondern – Volker Steinberg hatte das in seinem Bericht kurz angerissen – wie können wir junge Menschen in die Demografiestrategie der Landesregierung mit einbinden. Wie Sie ausgeführt haben, gab es ein Gespräch mit der Ministerin.

Meine Frage ist, inwieweit es uns gelingt, jungen Menschen eine Stimme zu geben, wenn wir fragen, wie 15-Jährige in zehn oder 15 Jahren leben wollen und wir die Demografiedebatte nicht über Menschen über 60 oder 70 Jahren führen, sondern schauen, wie junge Menschen mit dieser Demografiedebatte ihre Zukunft gestalten und vielleicht darüber Beteiligungsfelder mit erschließen können. Die Frage geht an Herrn Züchner oder jemand anderen – Herrn Decker – oder wer sich angesprochen fühlt.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Herr Decker fühlte sich vorhin noch von der Frage angesprochen. Deshalb möchte ich ihm vorab die Gelegenheit geben, dazu kurz Stellung zu nehmen.

**Herr Decker:** Das andere überdenke ich dann und komme vielleicht noch einmal darauf zurück. Volker Steinberg hat vollkommen recht, wenn er sagt, Jugendarbeit ist eine Pflichtleistung, die das SGB VIII vorsieht. Wir haben uns schon oft mit der Kämmerei darüber gestritten, was eine Pflichtleistung ist. Wenn wir diesen Streit irgendwann einmal beenden könnten, indem man sagt, in dem Umfang ist es eine Pflichtleistung, wäre das schon sehr hilfreich.

Ich möchte noch etwas zum rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendbericht sagen. Danach haben Sie gefragt. Bei unserer Konzeptentwicklung war es für uns ein Segen, dass das übereingekommen ist, weil sich das, was wir an Bedarfen und Maßnahmen in unserer Entwicklung herausgearbeitet haben, sehr gut mit dem gedeckt hat, was der Bericht herausgearbeitet hat. Deshalb hat das sehr gut zusammengepasst.

An dem Bericht hat mir auch sehr gut gefallen, dass man Jugendräume noch einmal anders gedacht hat. Jugendräume sind nicht nur der umbaute Raum, in dem sich die Jugendlichen bewegen, sondern

Jugendräume sind auch in der Öffentlichkeit. Wir haben oft über die viel beschriebene Bushaltestelle, an der sich Jugendliche treffen, gesprochen und darüber, zu welchen Problemen sie führt.

Wo sollen sich aber Jugendliche treffen? Jugendliche wollen nicht immer ins Jugendzentrum gehen. Deshalb ist Buch, wo es einen selbstverwalteten Jugendraum gibt, ein tolles Beispiel. Im Jugendzentrum haben sie aber auch wieder einen Pädagogen vor sich sitzen. Das wollen sie nicht immer. Jugendliche wollen sich auch unter sich – in ihrer Peergroup – treffen. Wo treffen sie sich dann? – Im öffentlichen Raum. Wenn der öffentliche Raum dazu keine Möglichkeiten bietet, weil sofort in der nächsten Bürgersprechstunde die Anwohner dem Oberbürgermeister sagen, bei uns hinter dem Garten treffen sich Jugendliche, macht das mal weg – ja, so ist es leider –, dann erhalte ich vom Dezernenten einen Anruf: Schickt doch einmal einen jungen Sozialarbeiter dort vorbei. – Das löst das Problem nicht, sondern wir müssen in dieser Debatte darüber nachdenken, wo wir im öffentlichen Raum Räume für Jugendliche schaffen, an denen sie sich treffen können, auch einmal laut sein dürfen und wir nicht jedes Mal, wenn es 22:02 Uhr ist, sofort das Ordnungsamt losschicken müssen.

Deshalb ist es ein tolles Ergebnis, dass uns dieser Bericht noch einmal verdeutlicht hat, es gibt das Problem und Jugendliche im öffentlichen Raum haben keine Plätze. Das war uns schon immer bekannt, aber der Bericht hat uns darin geschärft, darauf zu schauen, wo man im öffentlichen Raum auch Räume und Plätze für Jugendliche schaffen kann.

Zur Wiederauflage des Berichts: Wir haben ein Konzept gemacht, bei dem wir gesagt haben, das wird etwa zehn Jahre Bestand haben. Wenn Sie in zehn Jahren wieder mit einem Bericht kämen, würde das gut zusammenpassen.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Wir sollten dann erst einmal die demografische Frage ansprechen. Sie haben dazu eine Wortmeldung?

**Frau Abg. Willius-Senzer:** Ja, zur demografischen Frage. Danke schön für die Anregung, das Thema da hinzubringen. Wir haben die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) mit der Frage, in welchem Land wir 2030 leben wollen. Da wird schon genau das, was der Kollege angesprochen hat, aufgegriffen. Dazu sollten wir vielleicht extra etwas hören, weil es ein sehr breites Thema ist. Daran wird schon intensiv gearbeitet, und ich glaube, Sie sind in dieser Zukunftsinitiative, bei der es darum geht, in welchem Land wir 2030 leben wollen, auch dabei. Ich kann nur darauf verweisen. Vielleicht sind Sie da auch mit dabei. Das weiß ich nicht.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Vielleicht kann ich noch das Stichwort mit einbringen, das Herr Züchner vorhin genannt hat: eine neue Beteiligungskultur. Beim Landesjugendring spielt das auch eine Rolle. Aus meiner Sicht ist das ein wenig miteinander verbunden. Wer fängt an? – Frau Hein, bitte schön.

**Frau Hein:** Zur ersten Frage von Herrn Ruland, wie sich Demokratiebildung in den nächsten Jahren in unseren Augen entwickelt: Wir sehen schon auch mit Sorge, dass die Spannungen in der Gesellschaft zunehmen. Das spüren wir in den Verbänden und auch in dem Projekt. Ich habe gerade das NDC genannt. Das spürt man an den Projekttagen. Das ist klar.

Wir hatten als Landesjugendring auf der letzten Vollversammlung den Leitantrag zu diesem Thema der Demokratiebildung, und wir sind der festen Überzeugung, alle Akteure müssen hier zusammenwirken.

Wir können aber auch verzeichnen, dass es unter den jungen Menschen eine Zunahme an politischem Interesse gibt. Es findet schon eine Repolitisierung – nicht überall, ich könnte auch wissenschaftlich nicht einordnen, inwiefern sie in einem zunehmenden Engagement endet – statt. Das liegt in meinen Augen auch daran, dass die zeitlichen Räume, die die jungen Menschen haben, bei vielen nicht mehr vorhanden sind. Da sind wir wieder beim Thema „Ganztagsschule“, aber auch bei anderen. Es liegt nicht nur an der Ganztagsschule, wie Leistungsdruck in den letzten Jahren zugenommen hat.

Dieses reine Interesse an politischen Zusammenhängen über das im engeren Sinne politische System hinaus nehmen wir schon wahr. Themen werden wieder anders gesetzt. Das kann man schon sagen. Ich denke, das ist auch wichtig und gut.

Bei der ZIRP sind wir als Landesjugendring nicht involviert.

**Herr Steinberg:** Die Demografie ist eine schwierige Frage. Ich glaube, es braucht eine Verknüpfung von Demografie, Politik und Jugendpolitik. Das wird an vielen Punkten deutlich. Ich habe vorhin die Frage des ÖPNV eingeworfen. Es ist eine wichtige Frage für junge Menschen und eine sehr wichtige Frage für ältere Menschen, und da gibt es noch weitere Verknüpfungspunkte.

Grundsätzlich muss man die Debatte führen, was Jugend mit Demografie zu tun hat. Das wird bisher sehr wenig gemacht. Ich habe beispielsweise zur Demografiewoche Post aus dem Sozialministerium mit der Frage, ob ich dazu etwas einzustellen hätte, erhalten. Ich habe nachgesehen: Die ersten 15 Projekte waren alles Projekte für oder von älteren Menschen. Ich habe gefragt, was ich eintragen soll. Nach dem Gespräch mit Frau Bätzing-Lichtenthäler habe ich meine Maßnahme zum Thema „Demokratie gewinnt“ trotzdem eingetragen, die aber die einzige für Jugendliche sein könnte. Es gibt noch kein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass diese Frage auch etwas mit Jugend zu tun hat. Ich glaube, eine mögliche Verknüpfung von Jugendpolitik und Demografiepolitik wäre da zielführend.

Wie wollen Jugendliche in 15 Jahren leben? Ein entscheidender Punkt ist, dass sie jetzt eine Resonanz haben und sich mit ihren Dingen einbringen können. Ich habe Lust gehabt, mich ehrenamtlich bei einem Beteiligungsprojekt in meiner Kleinstadt, aus der ich komme, zu beteiligen. Wir haben es mittlerweile nach einem Jahr geschafft, dass Jugendliche einen Sitz mit Stimmrecht im Ausschuss des Stadtrats haben. Der zweite Jugendkongress wird geplant, und Projekte werden umgesetzt. Es ist unglaublich, was da innerhalb eines Jahres passiert ist. Das geht aber auch nur, wenn Begleitung vorhanden ist und ein Bürgermeister, der deutlich sagt, ja, macht mal und der auch Macht abgibt. Das hat gut funktioniert.

Ich glaube, je mehr junge Menschen merken, sie haben Wirkung, desto mehr interessieren sie sich auch später für Politik und gestalten ihr Umfeld. Besonders in Rheinland-Pfalz haben wir viele ländliche Gemeinden. Es ist wichtig, sich dafür einzusetzen, dass Menschen bleiben oder wiederkommen, um die Region zu bereichern.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Herr Steinberg, vielen Dank. Bevor ich das Wort an Herrn Professor Züchner weitergebe, verraten Sie uns vielleicht noch, in welcher Kleinstadt Sie zu Hause sind.

**Herr Steinberg:** Ich wohne in Bad Dürkheim.

**Herr Univ.-Prof. Dr. Züchner:** Das schließt gut daran an, was Herr Steinberg gesagt hat. Das Problem, bei der Demografie die Jugend einzubeziehen, ist genau, wie er es beschrieben hat. Man kann sie sehr schön und gut für Dinge begeistern, bei denen sie hinterher merken, etwas hat sich verändert. Das ist bei dem Thema der Demografie 2030 automatisch schwieriger, weil sozusagen die Spanne der Vorstellbarkeit, der Unmittelbarkeit oder der eigenen Betroffenheit eine andere ist.

Aus meinen Erfahrungen – ich begleite gerade ein Beteiligungsprojekt in Hessen – kann ich eher das Stichwort Mobilität und solche Anknüpfungspunkte nennen, die konkret sind und mit demografischem Wandel etwas zu tun haben, aber noch so konkret bleiben, dass sie unmittelbar erlebbar sind. Da wird es spannend, auch Jugendliche dafür zu gewinnen, sich zu beteiligen und zu engagieren. Das merken sie schon, wenn sie über die Veränderungen an der eigenen Schule nachdenken: Ja, das betrifft mich nicht mehr, bis es in zwei Jahren umgesetzt ist. Ich muss mich nicht mehr beteiligen, da ich dann hier weg bin. – Genauso ist es bei der Mobilität: Ich wohne vielleicht gar nicht mehr in Bad Dürkheim, sondern in Berlin. Was soll ich mich also um die Demografie hier kümmern? Ich komme meine Eltern besuchen, und das war es. – Salopp gesprochen.

Zur thematischen Frage, wie ich Jugendliche an diesem demografischen Prozess beteiligen kann: Ich muss sie an Sachen packen, die sie unmittelbar betreffen, eine individuelle Bedeutung haben und in ihrem Horizont der eigenen vorgestellten Zukunft irgendeine Relevanz haben. Das macht das Thema zur Herausforderung. Klar, die Jugendringe sind auch Stellvertreter für Jugendliche, sodass man häufig sagen kann, es ist gut, sie dabei zu haben auch wenn sie nicht im Originalton Jugendliche sind. Die spannende Frage ist, wie ich in einem solchen Prozess Jugendliche beteilige, die bei vielen Prozessen sagen: Das ist jetzt nicht das, was im ersten Moment meine Aufmerksamkeit erhält.

**Herr Abg. Ruland:** Herr Professor Züchner, nur eine kurze Replik zu Ihnen. Vielleicht müssen Sie die Frage auch anders stellen. Ich sehe das genauso wie Sie mit der Beteiligung: eher konkrete Projekte für junge Menschen und Unmittelbarkeiten schaffen. Vielleicht müssen wir uns aber eher die Frage

**13. Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 05.09.2017  
– Öffentliche Sitzung –**

stellen, wie es der Jugend gelingen kann, dass wir beim demografischen Wandel einen Perspektivwechsel hinbekommen. Vielleicht ist das die Frage, der wir nachgehen sollten. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen oder einschätzen. Ich wollte das nur kurz zurückgeben.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Das Nicken wurde festgestellt. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich danke allen, insbesondere den Anzuhörenden, dass Sie uns aufgesucht haben und mit Erkenntnissen weitergeholfen haben. Herzlichen Dank.

Bevor ich die Sitzung beende, weise ich darauf hin, dass eine andere Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss am Donnerstag, den 28. September 2017 um 10:00 Uhr in Saal 420 stattfinden wird. Der Antrag der CDU lautet „Starke Familien – Wohnraumförderung für Familien ausbauen“ und der Alternativantrag der AfD „Familien zuerst – Wohneigentumserwerb durch Familien muss Priorität haben“. Unser Ausschuss ist mitberatend, das heißt, Sie werden eine Einladung zu gegebener Zeit bekommen, wissend, dass manche andere Ausschüsse parallel stattfinden. Wer aber die Gelegenheit nutzen kann und möchte, ist dazu jetzt schon herzlich eingeladen.

Frau Simon hat sich gemeldet.

**Frau Abg. Simon:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sie verzeihen uns, wir haben etwas Wichtiges vergessen, was nur etwas Technisches betrifft. Wir möchten Herrn Decker fragen, ob uns sein Folienvortrag zur Verfügung gestellt werden könnte.

**Herr Decker:** Ich habe vorhin einen kleinen Fehler gesehen, den ich noch verbessern würde. Ich schicke Ihnen das über Frau Himmelreich zu.

**Frau Abg. Simon:** Vielen Dank.

**Herr Vors. Abg. Hartloff:** Prima. Es sei allen noch einmal gedankt. Ich wünsche noch einen schönen Tag. Die Sitzung ist beendet.

Der Antrag – Drucksache 17/2897 – wird vertagt.

**gez. Rack**  
**Protokollführerin**

**Anlage**

## In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Hartloff, Jochen	SPD
Köbberling, Dr. Anna	SPD
Rauschkolb, Jaqueline	SPD
Ruland, Marc	SPD
Simon, Anke	SPD
Herber, Dirk	CDU
Huth-Haage, Simone	CDU
Kessel, Adolf	CDU
Frisch, Michael	AfD
Willius-Senzer, Cornelia	FDP
Schellhammer, Pia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Für die Landesregierung:

Rohleder, Dr. Christiane	Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
--------------------------	--

## Anzuhörende:

Decker, Ralf	Stadtverwaltung Worms, Kinder- und Jugendbüro
Vogt, Tobias	Bürgermeister der Gemeinde Buch
Steinberg, Volker	Vorsitzender des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e.V.
Hein, Leonie	Vorsitzende des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e.V.
Züchner, Univ.-Prof. Dr. Ivo	Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften

## Landtagsverwaltung:

Himmelreich, Gabrielle	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung
Britzke, Brigitte	Ministerialrätin (Protokollführerin)
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)